

70 Jahre Staat Israel

Am 14. Mai 1948 zogen sich die letzten britischen Streitkräfte aus Palästina zurück und David Ben Gurion verlas die israelische Unabhängigkeitserklärung^[1]. Noch in

1 Text in deutscher Übersetzung: „Im Land Israel entstand das jüdische Volk. Hier prägte sich sein geistiges, religiöses und politisches Wesen. Hier lebte es frei und unabhängig, hier schuf es eine nationale und universelle Kultur und schenkte der Welt das Ewige Buch der Bücher. Durch Gewalt vertrieben, blieb das jüdische Volk auch in der Verbannung seiner Heimat in Treue verbunden. Nie wich seine Hoffnung. Nie verstummte sein Gebet um Heimkehr und Freiheit. Beseelt von der Kraft der Geschichte und der Überlieferung, suchten Juden aller Generationen in ihrem alten Lande wieder Fuß zu fassen. Im Laufe der letzten Jahrzehnte kamen sie in großen Scharen. Pioniere, Verteidiger und Einwanderer, die trotz der Blockade den Weg in das Land unternahmen, erweckten Eindrücke zur Blüte, belebten aufs Neue die hebräische Sprache, bauten Dörfer und Städte und errichteten eine stets wachsende Gemeinschaft mit eigener Wirtschaft und Kultur, die nach Frieden strebte, aber sich auch zu schützen wusste, die allen im Lande die Segnungen des Fortschritts brachte und sich vollkommene Unabhängigkeit zum Ziel setzte. Im Jahre 1897 trat der erste Zionistenkongress zusammen. Er folgte dem Rufe Dr. Theodor Herzls, dem Seher des jüdischen Staates, und verkündete das Recht des jüdischen Volkes auf nationale Erneuerung in seinem Lande. Dieses Recht wurde am 2. November 1917 in der Balfour-Deklaration anerkannt und auch durch das Völkerbundmandat bestätigt, das der historischen Verbindung des jüdischen Volkes mit dem Lande Israel und seinem Anspruch auf die Wiedererrichtung seiner nationalen Heimstätte internationale Geltung verschaffte. Die Katastrophe, die in unserer Zeit über das jüdische Volk hereinbrach und in Europa Millionen von Juden vernichtete, bewies unwiderleglich aufs Neue, dass das Problem der jüdischen Heimatlosigkeit durch die Wiederherstellung des jüdischen Staates im Lande Israel gelöst werden muss, in einem Staat, dessen Pforten jedem Juden offenstehen, und der dem jüdischen Volk den Rang einer gleichberechtigten Nation in der Völkerfamilie sichert. Die Überlebenden des Holocaust in Europa sowie Juden anderer Länder scheuten weder Mühsal noch Gefahren, um nach dem Lande Israel aufzubrechen und ihr Recht auf ein Dasein in Würde und Freiheit und ein Leben redlicher Arbeit in der Heimat durchzusetzen. Im Zweiten Weltkrieg leistete die hebräische Gemeinschaft im Lande Israel ihren vollen Beitrag zum Kampfe der friedenen- und freiheitsliebenden Nationen gegen die Achsenmächte. Mit dem Blute ihrer Soldaten und ihrem Einsatz für den Sieg erwarb sie das Recht auf Mitwirkung bei der Gründung der Vereinten Nationen. Am 29. November 1947 fasste die Vollversammlung der Vereinten Nationen einen Beschluss, der die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel forderte. Sie rief die Bewohner des Landes auf, ihrerseits zur Durchführung dieses Beschlusses alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Die damalige Anerkennung der staatlichen Existenzberechtigung des jüdischen Volkes durch die Vereinten Nationen ist unwiderruflich. Gleich allen anderen Völkern, ist es das natürliche Recht des jüdischen Volkes, seine Geschichte unter eigener Hoheit in einem eigenen souveränen Staat selbst zu bestimmen. Demzufolge haben wir, die Mitglieder des Nationalrates, als Vertreter der hebräischen Bevölkerung und der zionistischen Organisation, heute, am letzten Tage des britischen Mandats über Palästina, uns hier eingefunden und verkünden hiermit kraft unseres natürlichen und historischen Rechtes und aufgrund des Beschlusses der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel – des Staates Israel. Wir beschließen,

der Gründungsnacht erklärten Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, Libanon, Irak und Syrien dem jungen Staat den Krieg. Israel trieb im Israelischen Unabhängigkeitskrieg die Armeen der Nachbarn erfolgreich zurück. Die israelische Armee konnte einige der Gebiete erobern, die laut Teilungsplan den Arabern oder Jerusalem zugefallen wären. Der Krieg dauerte 15 Monate und brachte so eine 50-prozentige Erweiterung des israelischen Gebiets (einschließlich Westjerusalems). Im Juni 1948 führten Auseinandersetzungen um die Entwaffnung des Schiffs Altalena^[2] zu schweren Kämpfen zwischen

das vom Augenblick der Beendigung des Mandates, heute um Mitternacht, dem sechsten Tage des Monats Ijar des Jahres 5708, dem 15. Mai 1948, bis zur Amtsübernahme durch verfassungsgemäß zu bestimmende Staatsbehörden, doch nicht später als bis zum 1. Oktober 1948, der Nationalrat als vorläufiger Staatsrat und dessen ausführendes Organ, die Volksverwaltung, als zeitweilige Regierung des jüdischen Staates wirken sollen. Der Name des Staates lautet Israel. Der Staat Israel wird der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offenstehen. Er wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben. Der Staat Israel wird bereit sein, mit den Organen und Vertretern der Vereinten Nationen bei der Durchführung des Beschlusses vom 29. November 1947 zusammenzuwirken und sich um die Herstellung der gesamtpalästinensischen Wirtschaftseinheit bemühen. Wir wenden uns an die Vereinten Nationen mit der Bitte, dem jüdischen Volk beim Aufbau seines Staates Hilfe zu leisten und den Staat Israel in die Völkerfamilie aufzunehmen. Wir wenden uns – selbst inmitten mörderischer Angriffe, denen wir seit Monaten ausgesetzt sind – an die in Israel lebenden Araber mit dem Aufrufe, den Frieden zu wahren und sich aufgrund voller bürgerlicher Gleichberechtigung und entsprechender Vertretung in allen provisorischen und permanenten Organen des Staates an seinem Aufbau zu beteiligen. Wir reichen allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und zu guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe mit dem unabhängigen hebräischen Volk in seiner Heimat auf. Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten. Unser Ruf ergeht an das jüdische Volk in allen Ländern der Diaspora, uns auf dem Gebiete der Einwanderung und des Aufbaus zu helfen und uns im Streben nach der Erfüllung des Traumes von Generationen – der Erlösung Israels – beizustehen. Mit Zuversicht auf den Fels Israels setzen wir unsere Namen zum Zeugnis unter diese Erklärung, gegeben in der Sitzung des provisorischen Staatsrates auf dem Boden unserer Heimat in der Stadt Tel Aviv. Heute am Vorabend des Sabbat, dem 5. Ijar 5708, 14. Mai 1948.“ (Quelle Wikipedia)

2 Altalena ist der Name des Schiffes, mit dem die Irgun im Jahre 1948 versuchte, Truppen und Material nach Israel zu verschiffen. Die

der israelischen Regierung unter Ben Gurion und Vertretern des Irgun^[3], darunter Menachem Begin.

Zeitgleich sahen sich Hunderttausende von Palästinensern gezwungen ihre Heimat zu verlassen. Für sie wurde die Lage zur „Nabka“, zum Exodus der palästinensischen Bevölkerung. In der Jewish Virtual Library wird der Exodus der palästinensischen Bevölkerung als großenteils freiwillig dargestellt: Sie sei vor dem Krieg geflohen oder weil sie von der arabischen Führung dazu aufgefordert worden sei. Von Vertreibungen sei nur eine kleine Minderheit betroffen gewesen. Von einigen Wissenschaftlern, darunter die israelischen Historiker Benny Morris^[4] und Ilan Pappé^[5], wird die Nakba dagegen als ethnische

Verantwortlichen des jungen Staates empfanden die Irgun als Gefahr für den jungen Staat und verlangten die Auflösung der Irgun und die Übergabe aller Waffen. Es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen bei der Entladung des Schiffes und später in der Nähe von Tel Aviv. Das Ergebnis der Aktion war die Festnahme von 200 Kämpfern der Irgun. 16 Mitglieder der Irgun und drei Soldaten der IDF (neu gebildete israelische Armee) kamen bei den Aktionen in Kfat Vitkin und Tel Aviv ums Leben.

3 Die Irgun Tzwa'i Le'umi war eine, neben anderen, von 1931 bis 1948 bestehende terroristische zionistische Untergrundorganisation in Palästina vor der israelischen Staatsgründung. Die Gruppe führte Anschläge gegen die britische Mandatsmacht und gegen die Araber durch. Im Dezember 1943 übernahm Menachem Begin die Leitung des Irgun und nahm ab Anfang 1944 den Kampf gegen die Briten wieder auf. Er erklärte dabei öffentlich Großbritannien den Krieg. Unter der Führung von Menachem Begin verübte die Irgun im Juli 1946 den Anschlag auf das King David Hotel in Jerusalem, das bis dahin vorwiegend Offiziere der britischen Mandatsmacht mit ihren Familien bewohnt hatten. Die Irgun verübte gemeinsam mit dem Lechi das Massaker von Deir Yasin am 9. April 1948, bei dem über einhundert Araber, darunter viele Zivilisten, getötet wurden.

4 Benny Morris (* 1948 in Ein HaHoresh) ist ein israelischer Historiker. Er arbeitete zwölf Jahre für die Jerusalem Post und forschte in der Freizeit in israelischen Regierungsarchiven zur Geschichte des Palmach. Nachdem ihm der Zugang zu diesen Archiven schließlich verweigert wurde, beschäftigte er sich mit dem palästinensischen Flüchtlingsproblem infolge des Krieges von 1948 und veröffentlicht 1988 in der Cambridge University Press eine detailreiche Forschungsarbeit zu dem Thema „The Birth of the Palestinian Refugee Problem“, die ihn bekannt machte. Im gleichen Jahr kam er für drei Monate in Haft, weil er sich weigerte, in den besetzten Gebieten Reservedienst zu leisten. In seinem Buch *The Birth of the Palestinian Refugee Problem, 1947-1949* (1988) schreibt Morris, die geschätzten 700.000 palästinensischen Flüchtlinge des Palästina-Krieges hätten ihre Häuser 1947 meist deshalb verlassen, weil sie fürchteten ins Kreuzfeuer zu geraten, Angst vor israelischen Aktivitäten hatten, aber nicht wegen eines existierenden Vertreibungsplanes. Dies war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung eine sehr umstrittene Position. Der offizielle israelische Standpunkt war, die Palästinenser hätten ausschließlich freiwillig, oder nach Druck und Ermutigung durch palästinensische oder arabische Führer ihre Häuser verlassen.

5 Ilan Pappé (* 1954 in Haifa) ist ein israelischer Historiker, Autor und Professor an der Universität Exeter. Seine Doktorarbeit beendete er 1984 an der University of Oxford unter Albert Hourani und Roger Owen. Ab 1984 war er Professor für politische Wissenschaften an der Universität Haifa. Er gründete 1992 das Akademische Friedensinstitut in Givat Haviva, das er bis 2000 leitete. Von 2000 bis 2006 war er Vorsitzender des Emil-Tuma-Instituts für Palästina-Studien in Haifa. Politisch engagierte sich Pappé in der kommunistisch geprägten Chadasch-Partei, für die er 1999 bei den Wahlen zur 15. Knesset kandidierte. 2005 wurde ihm von der Universität ein Rücktritt nahegelegt, da er sich aktiv für einen internationalen Warenboykott gegen Israel einsetzte. Er wechselte daher an die Universität Exeter in England, wo er seit 2007 lehrt. In seinem Buch *Die ethnische Säuberung Palästinas* (englisch 2006, deutsch 2007) stellt Pappé, gestützt auf erst seit kurzem zugängliche Armeedokumente, die These auf, die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina

Säuberung dargestellt. Die Bewertung der Nabka ist bis heute sehr unterschiedlich, je nachdem von welcher Perspektive aus sie betrachtet wird. Palästinenser begehen den Gedenktag der Nabka am 15. Mai, einen Tag nach dem Termin der Staatsgründung Israels. Sybol der Nabka wurden die Schlüssel der verlassenen Häuser. Nach der Gründung des Staates Israel kam es mehrfach zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit den benachbarten arabischen Staaten, die letztendlich zur Situation führten, die heute noch besteht: Israel in seinen Grenzen und die Besetzten Gebiete. Ein Friedensabkommen konnte bisher nur mit Ägypten (1979) und mit Jordanien (1994) abgeschlossen werden. Am 23. Januar 1950 erklärte die israelische Regierung Westjerusalem zur Hauptstadt. Botschaften anderer Länder verblieben aber in Tel Aviv, um deutlich zu machen, dass Jerusalem einen besonderen und darin auch sehr sensiblen Status hatte und hat^[6]. Diese Sonderstellung wird in diesen Tagen einseitig durchbrochen, durch die Verlegung der amerikanischen und der venezolanischen Botschaft nach Jerusalem.

Am 5. Juli 1950 verabschiedete die Knesset dann das Rückkehrgesetz, das allen Juden in der Welt das Recht gibt, nach Israel einzuwandern. Schon vor der Verabschiedung dieses Gesetzes kamen Einwanderer in Scharen nach Israel, was große finanzielle und logistische Probleme verursachte. Einige von ihnen wurden dabei vom israelischen Staat unterstützt, so kamen von 1947 bis 1950 etwa 250.000 Holocaust-Überlebende ins Land. Die „Operation fliegender Teppich“ brachte zwischen 1949 und 1950 etwa 49.000 jemenitische Juden nach Israel. Die Operation war nach dem Einverständnis der Briten möglich geworden, ihr waren Pogrome in Aden vorausgegangen. Viele dieser Einwanderer waren orthodoxe Juden in großen Familien, oft waren es Bewohner vom Lande, die erst von der Möglichkeit der Auswanderung informiert werden mussten. Gegen

habe die „planmäßige Vertreibung“ der einheimischen Bevölkerung mit eingeschlossen und dass die zionistischen Führer, allen voran David Ben Gurion, dieses Ziel nach dem Teilungsbeschluss der UNO 1947 mit politischen und militärischen Mitteln weiter verfolgten.

6 Der rechtliche Status von Jerusalem ist unter Rechtsexperten, Internationalen Organisationen und Regierungen hoch umstritten. Es gibt keine allgemeingültigen rechtlichen Dokumente, die den Status der Stadt klären. Bis heute reklamieren Israelis und Palästinenser die Stadt ganz oder in Teilen für sich. Der erste internationale Vorschlag zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts stammt aus der Endzeit des britischen Mandats. 1947 verabschiedete die VN-Generalversammlung Resolution 181. Sie enthielt einen Teilungsplan, der auf dem britischen Mandatsgebiet einen jüdischen und einen arabischen Staat vorsah, mit Jerusalem als abgetrennte Einheit unter internationaler Treuhandschaft. Dieser neutrale Corpus Separatum sollte ein erweitertes Territorium umfassen, einschließlich Abu Dis im Osten, Bethlehem im Süden, Ein Karem im Westen und Shufat im Norden. Damit sollte der sichere Zugang zu den heiligen Stätten für Christen, Muslime und Juden garantiert werden. Umgesetzt wurde Resolution 181 nie. Stattdessen kam es 1948 zum ersten israelisch-arabischen Krieg: Israel verteidigte seine Unabhängigkeit, während Ägypten und Jordanien die Kontrolle über die palästinensischen Gebiete Gaza und Westjordanland (einschließlich Ost-Jerusalem) gewannen. 1950 annektierte Jordanien Ost-Jerusalem.

diese Aktion gab es auch Widerstände aus den Reihen der Mapam⁷, wegen der befürchteten Kosten der Integration. Die Neueinwanderer wurden in den im Unabhängigkeitskrieg verlassenen arabischen Dörfern, in britischen Kasernen oder Zeltlagern untergebracht. Durch die Jahrzehnte kam es zu weiteren Einwanderungswellen ins Land; darunter auch die große Einwanderungswellen von Juden aus Äthiopien und Russland.

Die Bevölkerung Israels wächst so und bedingt durch die Geburtenraten bis zum heutigen Tag auf 8,5 Millionen Menschen an. Zeitgleich entwickelt sich Israel zu einem hochentwickelten Industrieland mit einem Bruttoinlandsprodukt von 348 Milliarden US Dollar im Jahre 2017. Es wird das Land der „start-ups“, der Technologie und der Computerwissenschaft.

Schon in der Unabhängigkeitserklärung war der neu gegründete Staat als Gemeinwesen für das jüdische Volk deutlich betont. Seit einigen Jahren wird aber immer mehr der Ruf laut Israel als „jüdischen Staat“ zu sehen. Die israelische Forderung, als ein jüdischer Staat von den Palästinensern anerkannt zu werden, ist schon an sich ein problematisches Konzept. Das derzeitige „Mantra“ der israelischen Regierung lautet, dass die Palästinenser einen „jüdischen Staat“ anerkennen müssen. Selbstverständlich haben die Palästinenser deutlich und wiederholt den Staat Israel als solchen anerkannt, und zwar in den Oslo-Verträgen von 1993, verbunden mit dem israelischem Versprechen, innerhalb von fünf Jahren einen palästinensischen Staat zu gründen – ein Versprechen, das nie gehalten wurde, und viele Male danach. Vor einiger Zeit haben die israelischen Führer jedoch die Spielregeln geändert, und zwar drastisch und einseitig. Nun fordern sie lautstark, dass die Palästinenser Israel als „Jüdischen Staat“ anerkennen müssen. Sari Nusseibeh⁸, Professor der Philosophie an der arabischen Al-Quds Universität in Ost-Jerusalem hat dazu bereits 2011 eine Gegenargumentation aufgestellt in

7 Die Mapam – Vereinigte Arbeiterpartei war ursprünglich eine linke zionistische Partei in Israel.

8 Sari Nusseibeh, Jahrgang 1949, wuchs in Ostjerusalem als Sohn einer traditionsreichen und angesehenen Familie auf. Die Nusseibehs sind seit Jahrhunderten Wächter der Grabeskirche in Jerusalem. Sein Vater, der Rechtsanwalt Anwar Nusseibeh, strebte noch zu Zeiten der Britischen Besatzung die Unabhängigkeit Palästinas an und wurde nach der Gründung Israels ein einflussreicher Politiker in der Westbank, die damals unter jordanischer Herrschaft stand. Sari Nusseibeh studierte in Oxford /England und promovierte 1978 an der Harvard University /USA. Obwohl Sohn eines Politikers, blieb ihm die Politik immer fremd. Er war mit Leib und Seele Geisteswissenschaftler. Aber trotz der Verlockungen einer akademischen Karriere im Westen entschloss er sich, nach Palästina zurückzukehren. Dort lehrte zunächst an der Universität Bir Zeit / Palästina. Er wurde Direktor der ersten Personalvertretung und in dieser Funktion wehrte er sich erfolgreich gegen israelische Einflussnahme auf die palästinensischen Universitäten. Bir Zeit wurde zum Zentrum des universitären Widerstandes gegen die Besatzung und Sari Nusseibeh einer seiner führenden Köpfe. In Deutschland erhielt er den Lew-Kopelew-Preis 2003 (gemeinsam mit Uri Avnery), den Friedenspreis der Geschwister Korn und Gerstenmann-Stiftung 2009 (gemeinsam mit Itamar Rabinovich), den Siegfried Unseld Preis 2010 (gemeinsam mit Amos Oz).

der er sieben Punkte benennt, warum diese Forderung ein nicht anzuerkennendes Moment ist. Zum einen macht er darauf aufmerksam, dass der Begriff „Jüdisch“ sowohl auf die Ethnie der antiken Israeliten und ihrer Nachkommen angewandt werden kann als auch auf die Menschen, die an die Religion des Judentums glauben und diese praktizieren. Im Allgemeinen deckt sich das, aber nicht immer. Zum Beispiel sind einige ethnische Juden Atheisten, und es gibt Konvertiten, wobei die Frage außen vorgelassen wird, ob diese als solche von den ultra-orthodoxen Juden akzeptiert werden, die keine ethnischen Juden sind. Zum zweiten macht er deutlich, dass es in sich widersprüchlich ist, einen modernen Nationalstaat zu haben, der sich durch eine einzige Ethnie oder eine Religion definiert, weil der moderne Nationalstaat als solcher eine weltliche und staatsbürgerliche Institution ist, und weil kein Staat der Welt in der Praxis ethnisch oder religiös homogen ist – oder sein kann. Drittens, so meint er, beinhaltet die Anerkennung Israels als „Jüdischer Staat“, dass Israel entweder ein Gottesstaat/Theokratie, wenn wir den Begriff „Jüdisch“ auf die Religion des Judentums beziehen, ist oder werden soll, oder ein Apartheidstaat, wenn wir den Begriff „Jüdisch“ auf die Ethnie beziehen, oder auch beides. In jedem Fall ist dann Israel nicht länger eine Demokratie – etwas, worauf die meisten Israelis seit der Gründung des Landes im Jahre 1948 zu Recht stolz waren. Desweiteren begründet er: zumindest ist einer von fünf Israelis – laut dem israelischem Zentralamt für Statistik sind es 20% der Bevölkerung – ethnisch ein Araber und damit meistens entweder Moslem, Christ, Druse oder Bahai. Die Anerkennung Israels als jüdischer Staat würde automatisch 1/5 der Bevölkerung Israels zu Fremden in ihrem eigenen Heimatland machen, und es wäre möglich, sie per Gesetz zum Bürger zweiter Klasse herabzustufen oder ihnen vielleicht sogar ihre Staatsbürgerschaft und andere Rechte ganz zu entziehen. Fünftens, argumentiert er, einen „jüdischen Staat“ als solchen in Israel anzuerkennen, würde rechtlich bedeuten, dass die Palästinenser dort keine Bürgerrechte mehr hätten, während jeder Jude außerhalb Israels, vielleicht bis zu 10 Millionen Menschen, egal wo er sich in der Welt aufhält und ungeachtet seiner derzeitigen Nationalität, den legalen Anspruch auf alle staatsbürgerrechtlichen Rechte in Israel hätte. Sechstens, würde es bedeuten, dass, bevor die Verhandlungen über den endgültigen Status auch nur begonnen haben, die Palästinenser das Recht von über 7 Millionen Palästinensern in der Diaspora auf Rückführung oder Entschädigung aufgeben. Das sind 7 Millionen Menschen, die von den Palästinensern abstammen, die im Jahre 1900 im historischen Palästina, alles was heute Israel, Westbank einschließlich Jerusalem und Gaza umfasst gelebt haben, die in dieser Zeit 800 000 seiner 840 000 Einwohner ausmachten, und

die aus ihrem Land durch Krieg, gewaltsame Zwangsräumung oder aus Furcht vertrieben wurden. Siebtens, einen „Jüdischen Staat“ in Israel anzuerkennen – einen Staat, der sich rühmt, ganz Jerusalem, Ost und West, annektiert zu haben, der Jerusalem seine „ewige, ungeteilte Hauptstadt“ nennt, bedeutet, völlig die Tatsache zu ignorieren, dass Jerusalem für 2,2 Milliarden Christen und 1,6 Milliarden Muslime in aller Welt ebenso heilig ist, wie für die 15 bis 20 Millionen Juden weltweit. Dagegen argumentierte bereits 2014 Israels Außenminister Avigdor Lieberman: Im Land Israel gebe es seit mehr als 3.500 Jahren ununterbrochen jüdische Präsenz. Archäologische Funde und historische Aufzeichnungen zeigen, dass Juden in den vergangenen 3.500 Jahren permanent im Land Israel gelebt haben. Als der Zweite Tempel durch die Römer zerstört wurde, war die jüdische Gemeinschaft in Israel bereits eintausend Jahre alt. Die Sehnsucht, den jüdischen Staat im Land Israel neu aufzurichten, sei durch harte Verfolgung und wiederholte Massaker verstärkt worden. Es sei der Glaube entstanden, dass Juden nur in einem souveränen jüdischen Staat sicher und unabhängig leben könnten. Diese Sehnsucht hätten zahlreiche Politiker und Intellektuelle anerkannt - lange vor der Begründung des modernen Zionismus im späten 19. Jahrhundert. Lieberman erinnerte unter anderem an den französischsprachigen Schriftsteller und Philosophen Jean Jacques Rousseau. Dieser hatte 1762 geschrieben: „Es scheint mir, wir werden nie verstehen, was die Juden sagen, bis sie einen freien Staat, Schulen und Universitäten haben, in denen sie frei und ohne Gefahren sprechen und diskutieren dürfen.“ Im 18. und 19. Jahrhundert habe die internationale Staatengemeinschaft wiederholt das Recht der Juden auf Selbstbestimmung anerkannt. Als Beispiele führte Lieberman die Balfour-Erklärung, die Konferenz von San Remo im Jahr 1920 und die UN-Abstimmung im November 1947 auf. Israel habe dem damaligen Teilungsplan im Gegensatz zu den arabischen Staaten zugestimmt. Zudem führt er aus: Der Ausdruck „jüdischer Staat“ beziehe sich in erster Linie auf die Nationalität. „Israel ist für das jüdische Volk was Frankreich für die Franzosen, Irland für die Iren und Japan für die Japaner ist.“ Jede Nation habe das Recht, seinen Staat nach seiner Wahl zu definieren. „So wie Ägypten sich selbst als die ‚Arabische Republik Ägypten‘ und Griechenland sich als die ‚Hellenische Republik‘ definieren, definiert sich Israel als der ‚Jüdische Staat‘.“ Lieberman betonte, Israel sei ein demokratischer Staat der Religionsfreiheit garantiere. Dies sei bereits in der Unabhängigkeitserklärung verankert. Eine Definition als „Jüdischer Staat“ beeinträchtige auf keinen Fall die Religionsfreiheit der israelischen Staatsbürger.

Seit seiner Entstehung ist der Staat Israel in Konflikten. Das war und das ist ein Problem. Doch in einer Zeit

da weltweit nationalistisches Denken wieder auf dem Vormarsch ist und Länder sich eher abschirmen, denn aufeinander zuzugehen, sind die Tendenzen in Israel, geprägt durch mehr und mehr religiös motivierte Separatisten sicherlich nicht dazu angetan das Potential für die Konflikte zu reduzieren. Eher wird man mit dem Gegenteil rechnen müssen. Die jungen Generationen in Israel werden einen Weg finden müssen innerhalb Israels die Demokratie und die Freiheit wieder lebendiger werden zu lassen und im Blick auf Palästina einen Weg des Ausgleichs und der Gerechtigkeit zu finden, der ihnen in nächster, aber auch in ferner Zukunft, die Möglichkeit gibt in Frieden zu leben. Dazu werden sie innergesellschaftlich die religiösen Extreme in Grenzen halten müssen und zugleich nach außen hin Wege finden müssen, sich mit der Kultur der arabischen Welt so zu befassen, dass sie diese besser verstehen und von dieser besser verstanden werden können. Dabei können die jüngeren Generationen in Israel nicht nur in den Aspekten von Technik, Wissenschaft und Geldverdienen stehen bleiben. Da gilt es auch Ethik, Moral und Werte intensiv in die Gestaltung des Alltags einzubringen.

Stand: April 2018